



Sozialpolitik:

Gute Gründe für ein Grundeinkommen

Eine Positionsbestimmung der Naturfreundejugend Deutschlands

*Wir müssen für ein besseres Morgen kämpfen,
statt nur die Welt von gestern zu verteidigen.*

Wagen wir eine Utopie: Stellen wir uns einmal vor, dass Arbeit mehr als nur ein notwendiges Übel sei, um sich die Brötchen am Frühstückstisch zu leisten. Stellen wir uns einmal vor, dass jeder Mensch im Leben etwas erreichen möchte, im Großen wie im Kleinen. Stellen wir uns vor, Arbeit ist Identitätsstifter, Lebensinhalt, Kontaktbörse und natürlich auch Einkommensquelle zugleich. Stellen wir uns zugleich vor, Menschen sind bereit, sich an ihrem Arbeitsplatz anzustrengen, ohne für jeden Extrahandschlag gleich einen Extrabonus zu erwarten. Eine Utopie? Nein, Ergebnisse der Verhaltensökonomie.

Gleichzeitig beobachten wir, wie rund 3,5 Millionen Menschen in Deutschland keine Arbeit finden, wie 2,5 Millionen Kinder von Armut betroffen sind, wie immer mehr Menschen im Niedriglohnsektor so wenig Geld bekommen, dass der Staat Aufstockungsleistungen leisten muss.

Kinder sind die am stärksten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe. Materielle und finanzielle Benachteiligungen sind häufig verknüpft mit Diskriminierungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Mobilität sowie soziale und politische Teilhabe. Obwohl diese Missstände seit Jahren bekannt sind, haben sich die Verhältnisse nicht verbessert. Im Gegenteil: In Deutschland ist alleine seit der Wiedervereinigung die soziale Ungleichheit in

der Einkommensverteilung um 30 % gestiegen. Einkommensunterschiede, wie sie derzeit in den Industriestaaten zu finden sind, gelten als Zwei-Klassen-Ökonomien. Und diese sind typisch für Entwicklungsländer.

Sogar Alan Greenspan, langjähriger Notenbanker der USA und einer der Zirkusdirektoren des Kapitalismus, bemerkte 2007, dass die entstandenen Ungleichheiten zu wirtschaftlichen Umbrüchen und sozialen Spannungen führen werden.

Es ist also an der Zeit, der Wirklichkeit ins Auge zu blicken. Wer eine gerechte Gesellschaft gestalten will, muss zwei Dinge leisten: Gesellschaftlicher Reichtum muss umverteilt und gesellschaftliche Partizipation vom Einkommen entkoppelt werden. Wer sich um die Würde von Kindern, Jugendlichen, Geringverdienern und Arbeitslosen sorgt, sollte sie in die Lage versetzen, ein menschenwürdiges Leben führen zu können!

Zum Beispiel durch eine Grundsicherung. Schaffen wir die Renten- und Arbeitslosenversicherung ab. Im Gegenzug erhält jedeR eine monatliche Zahlung in Höhe von, sagen wir, 800 €. Finanziert aus Steuergeldern, nämlich einem Zuschlag auf die Einkommensteuer. Die Höhe des Betrages ist im Moment nicht entscheidend, es könnten beispielsweise auch 600 oder 1.000 € sein. Entscheidend ist die Idee: Der Sozialstaat würde nicht mehr allein von den ArbeitnehmerInnen getragen, sondern alle Einkommensarten wären in die Finanzierung einbezogen. Das hätte folgende Konsequenz: Du wirst immer mindestens auf Höhe des Exis-

tenzminimums abgesichert sein, deine Ersparnisse werden nicht angetastet und du wirst nicht zum Sozialfall stigmatisiert, wenn du einmal arbeitslos wirst. Die Grundsicherung soll kein Ruhekissen sein, auf dem man den Tag verträumt und dem Müßiggang bis ans Lebensende frönt. Nein, sie soll wie ein Trampolin wirken, das beim Fallen abfedert, Schwung für Neues und Mut zum Ausprobieren gibt.

Im Folgenden skizzieren wir Ideen eines Grundeinkommens, wie es unseren Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft entspricht. Wir verzichten dabei auf eine konkrete Ausformulierung z. B. einer Höhe des Grundeinkommens, von Bedingungen und (konkreten) Refinanzierungsmodellen. Die Naturfreundejugend Deutschlands möchte sich auf diesem Weg an der gesellschaftlichen Debatte um die Möglichkeiten eines gerechten, besseren und solidarischen Lebens beteiligen. Wir halten das Grundeinkommen für den richtigen Weg, wie genau er aussieht, müssen die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure miteinander aushandeln. Wir beteiligen uns hiermit an der Debatte und zeigen Eckpunkte auf, nach denen wir beurteilen, ob wir ein Modell für gerecht und sinnvoll halten.

Definition

Unter einem bedingungslosen Grundeinkommen verstehen wir den Anspruch auf ein Einkommen eines jeden Menschen gegenüber dem Staat, der folgenden Kriterien entspricht:

- (1) *Für jeden Menschen! Garantiert.* Es besteht ein individueller Rechtsanspruch auf das Grundeinkommen. Das Grundeinkommen wird pro Person ausgezahlt und ist einklagbar.
- (2) *Bedingungslos und Garantiert!* Einem Grundeinkommen darf keine Bedürftigkeitsprüfung voraus gehen. Es sollte ausreichend sein, um eine Freiheit vom Zwang zur Lohnarbeit zu ermöglichen.

- (3) *Genug zum Leben!* Es geht darum, nicht nur ein Leben sondern ein menschenwürdiges, gutes Leben zu ermöglichen. Ein Grundeinkommen muss deshalb mehr als Existenz sichernd sein, es muss eine grundlegende gesellschaftliche Teilhabe sicherstellen.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist für uns ein Weg, die Teilhabe an gesellschaftlichem Leben und an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen, indem die Menschen frei von materiellen Ängsten sind. Durch ein Grundeinkommen würde unsere Gesellschaft nicht automatisch gerechter. Aber das Grundeinkommen ist ein großer Schritt in eine gerechte Gesellschaft, an der jedeR selbstbestimmt teilhaben kann.

Vorteile eines Grundeinkommens

Mehr Freiheit für alle. Mehr Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit. Menschen könnten frei entscheiden, wie sie ihre Zeit verbringen. Vom Anteil der Arbeitszeit her übertrifft die Lebensweltwirtschaft, also die unentgeltliche Arbeit in Familie, Verbänden, im Haushalt, in der Pflege von kranken, behinderten oder alten Menschen, die Erwerbswirtschaft bei weitem. In Deutschland werden jährlich 98 Milliarden Stunden ehrenamtlich und freiwillig geleistet, während sich die Erwerbsarbeit auf 56 Milliarden Stunden beschränkt. Ein Grundeinkommen ermöglicht es allen Menschen, frei zu entscheiden, ob sie ihre Energie bei der Erwerbsarbeit, im Verein, in der Bürgerinitiative, zu Hause, mit Freunden, in der Betreuung von Kindern oder der Pflege anderer Menschen aufwenden.

Arbeit fernab der Entfremdung. Die Freiheit vom Lohnarbeitszwang würde viele positive Effekte mit sich bringen (z.B. gleiche Augenhöhe am Arbeitsmarkt, Verringerung von Druck, Existenzangst, Kontrolle und Repression). Arbeiten würde man „für sich“, dann, wenn es Spaß macht und Erfüllung bringt.

Der Weg zur Tätigkeitsgesellschaft.

Die Menschen könnten sich bewusst mehr Zeit für andere persönlich und auch gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten nehmen (z. B. Hobbys, für Kinder da sein, Freundschaften pflegen). Die individuellen Fähigkeiten und Kreativitätspotentiale der Menschen könnten eher Geltung erlangen. Viel mehr Menschen könnten sich ehrenamtlich organisieren, was zur Belebung einer demokratischen Gesellschaft beitragen würde.

Eine solidarische Gesellschaft ermöglichen. Das Leistungsprinzip hätte für die soziale (Existenz-)Sicherung keine Bedeutung mehr. Solidarität statt Konkurrenz wäre Grundlage des Zusammenlebens.

Ein Ende der Armut. Armut wäre abgeschafft, zunächst aber zumindest auf ein Minimum reduziert, die durch Armut verursachten negativen sozialen Effekte und Benachteiligungen ebenfalls. Soziale Ungleichheit wäre stark verringert.

Weniger Staat und weniger Bürokratie. Das Grundeinkommen soll als Pauschalbetrag für jeden Menschen ausgezahlt werden, um die Bürokratie der bisherigen Armutsverwaltung abzuschaffen und somit einzusparen. Der derzeitige Repressions- und Kontrollapparat würde durch ein Sicherungsinstrument mit geringem organisatorischem Aufwand ersetzt.

Mehr Demokratie wagen. Die Unabhängigkeit des Grundeinkommens ermöglicht gesellschaftliche Partizipation. Teilhabe ist in kapitalistischen Lohnarbeitsgesellschaften immer auch eine Geld- und Zeitfrage: Wer arbeiten muss, hat oftmals kaum Zeit, um gesellschaftliche Prozesse, z.B. durch ehrenamtliche Tätigkeiten, mitzubestimmen. Eine materielle Absicherung würde es Menschen frei stellen, sich ökonomisch, ehrenamtlich, sozial, familiär oder ökologisch für die Entwicklung einer Gesellschaft zu engagieren.

Menschenwürdige Arbeit ermöglichen.

Über das „Abstimmen“ auf dem Arbeitsmarkt, für welchen Arbeitgeber man noch zu welchen Bedingungen arbeiten würde, wären im ureigensten Sinne „demokratische“ Aushandlungsprozesse auf gesellschaftlicher Ebene möglich; darüber, was und wie produziert wird.

Gleichberechtigung im Arbeitsleben ermöglichen.

Das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist in der Regel ungleich: Gerade in den Niedriglohnsektoren gibt es mehr Arbeitskräfte als Arbeit. Dies führt zu niedrigen Löhnen, einem hohen Druck der Arbeitgeber und oft unmenschlichen Bedingungen. Durch ein Grundeinkommen könnte eine Verhandlung „auf Augenhöhe“ zustande kommen: Der Arbeitnehmer könnte eine Arbeit ablehnen, weil sie ihm nicht gefällt – aus welchen Gründen auch immer (z.B. Arbeitsbedingungen, Lohnhöhe...).

Überlegungen zur Ausgestaltung

Jeder hat ein Recht auf ein Grundeinkommen.

Die rechtsstaatliche Grundlage auf ein Grundeinkommen muss gewährleistet sein, damit es im Zweifelsfall auch einklagbar wäre. Ausgehend von der Idee einer Bedürfnisgerechtigkeit ist es selbstverständlich, dass alle Menschen an den gesellschaftlich produzierten und natürlich vorhandenen Gütern dieser Erde teilhaben können. Um dies zu gewährleisten müsste eine soziale Absicherung als garantierter Rechtsanspruch gewährleistet sein.

Grundeinkommen für wirklich alle.

Alle dauerhaft in Deutschland Wohnenden, unabhängig von Nationalität, Aufenthaltsstatus, Alter und Geschlecht, haben einen individuellen Anspruch auf Grundeinkommen. Wir streben eine weltweite Grundsicherung an. Damit würden nationalstaatliche Grenzen ihre Bedeutung zumindest in Bezug auf die soziale Sicherung fallen. Damit würde sich auch die Frage um die Bedeutung von *dauerhaft* nicht mehr stellen. Bis dahin müssen Re-

gelungen gefunden werden bis eine politische und finanzielle Lösung gefunden ist. Das Grundeinkommen soll Menschenrecht und kein Bürgerrecht sein.

Die soziale Sicherung verschlanken und ausbauen. Auch mit einer Grundsicherung bedürfen manche Menschen wie z. B. Behinderte, chronisch Kranke, SeniorInnen bestimmter bedürfnisgerechter Sozialleistungen. Während Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld, Kinder- und Erziehungsgeld, Wohngeld etc. in einem Grundeinkommen aufgehen würden, müsste eine individuelle soziale Unterstützung in besonderen Lebenslagen erhalten bleiben. Darüber hinaus muss eine staatlich garantierte soziale Infrastruktur z. T. kostenlos zur Verfügung stehen.

Die Höhe flexibel gestalten. Die Höhe des Grundeinkommens ist keine Frage, auf die es eine absolute Antwort gäbe, sondern eine Frage der Haltung gegenüber dem Menschen, eine Frage von Werten: Wie viel Anreize meint man, Menschen geben zu müssen? Wie viel Umverteilung soll erreicht werden? Ein existenzsicherndes und Teilhabe ermöglichendes Grundeinkommen müsste für einen Erwachsenen in Deutschland zwischen 800 und 1.000 Euro liegen. Dies würde die Kosten für Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Wohnungsausstattung sowie für die kulturelle, politische und soziale (Mindest-)Teilhabe absichern. Zusätzlich müsste aber z. B. die Gesundheitsversorgung gesichert werden.

Argumente gegen eine Grundsicherung und mögliche Antworten

Im Folgenden setzen wir uns mit einigen in der Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen wiederholt aufkommenden Kritikpunkten auseinander. Auch diese dienen, z.B. wenn konkrete Berechnungen angestellt werden, eher als Beispiele für die Machbarkeit des Grundeinkommens denn als endgültige Festlegungen auf ein bestimmtes Modell.

Die Grundsicherung ist unsozial, weil sie alle Transferleistungen auf das Existenzminimum reduziert.

Tatsächlich gibt es heute Situationen, in denen der Staat seinen Bürgern mehr zahlt als das bloße Existenzminimum. Wer nach 45 Berufsjahren in den Ruhestand geht und immer exakt den Durchschnittsverdienst aller Versicherten in Höhe von 30.000 € pro Jahr erzielte, bekommt in Westdeutschland rund 1.200 € Rente. Doch die Zahl derer, auf die dieser glückliche Umstand zutrifft sinkt: Schon heute erhält jeder zweite Rentner und 19 von 20 Rentnerinnen weniger als 1000 €. Und die Zukunft sieht eher düster aus: Ein-Euro-Jobs, (vorübergehende) Arbeitslosigkeit, selbstständige Arbeit als Ich-AG; Freiberufler oder Künstler und Erziehungsurlaub unterbrechen die Erwerbsbiographie. Die Zahl der Durchschnittsbeitragsjahre ist bereits von 45 auf 30 geschrumpft. In 25 Jahren wird jeder Dritte einen Rentenanspruch unterhalb des Existenzminimums haben.

Ähnliches gilt für die Arbeitslosenversicherung. Hier erhalten Beitragszahler derzeit ein auf maximal zwei Jahre begrenztes Ersatzeinkommen in Höhe von zwei Dritteln des vorigen Einkommens. In der Regel profitieren zurzeit gutverdienende Singles von dieser Regelung. Dabei stellt sich die Frage, ob es Aufgabe des Staates ist, gutverdienenden Singles ihren gehobenen Lebensstandard zu finanzieren. Es gehört zu den grundsätzlichen Konstruktionsfehlern des Sozialstaats, dass er Geld vor allem in der Mittelschicht hin und her schiebt. Für die ca. 3 Millionen arbeitssuchenden Durchschnitts- und Geringverdiener würde sich die Situation mit einer Grundsicherung tendenziell verbessern.

Bei einem Umstieg in die Grundsicherung bleiben die derzeitigen Ansprüche auf bereits gezahlte Sozialversicherungsbeiträge natürlich erhalten. Wer sich einen Anspruch oberhalb des Grundeinkommens erarbeitet hat, muss dieses selbstverständlich erhalten.

Die Grundsicherung ist nicht finanzierbar, da sie den Staat mindestens 800 € kostet. Das Finanzierungsargument übersieht völlig, dass es sich beim Grundeinkommen nicht um ein zusätzliches Instrument des Sozialstaates handelt, sondern um den Ersatz einer unübersichtlichen Vielfalt. Mit der Grundsicherung könnten neben der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung auch Transferleistungen wie Grundsicherungen, Kindergeld, BAföG, Wohngeld sowie Zusatzleistungen für Kranken- und Rentenversicherungen entfallen. Berechnungen des Hamburger Wirtschaftsinstituts belegen, dass das Grundeinkommen weitgehend aufkommensneutral wäre. Die Kosten ließen sich mit einer einheitlichen Einkommensteuer von rund 60 % auf alle Einkommensarten decken. Im Gegenzug würden alle Sozialversicherungsbeiträge entfallen, die heute – zusätzlich zur Einkommenssteuer zwischen 15 und 45 % – in der Regel 40 % des Einkommens verschlucken. Und wie viel bekommt jeder einzelne von uns? Einige Rechenbeispiele:

- Wer künftig 800 € brutto verdient, zahlt 480 € Steuern auf seinen Verdienst. Zusätzlich bekommt er 800 € Grundsicherung. Macht einen Nettoverdienst von 1320 €,
- Wer 1600 € brutto verdient, muss darauf 960 € Steuern zahlen. Plus Grundeinkommen bleiben also 1540 €. Das ist mehr als bisher übrig bleibt.
- Ein alleinstehender Durchschnittsverdiener mit einem Monatsbrutto von 2.400 € zahlt 1440 € Steuern, bekommt am Ende also 1760 €.
- Der gleiche Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern erhält zusätzlich 1600 € für die Kinder. Damit kommt er auf 3360 € Mehr Netto als Brutto.
- Ein Spitzenverdiener mit 15.000 € muss 9000 € Steuern zahlen. Mit dem Grundeinkommen kommt er auf 6.800 € netto und liegt damit in Höhe der heutigen Belastungen.

Die Berechnungen machen deutlich, ein Grundeinkommen ist finanzierbar. In den

unteren Einkommensgruppen sinken die Belastungen. Besonders Familien mit Kindern sind gegenüber der jetzigen Situation besser gestellt. Die wahre Herausforderung liegt in der Übergangszeit: Einige Jahrzehnte lang würden zwar keine Sozialversicherungsbeiträge erhoben, aber dennoch müssten die bestehenden Ansprüche geleistet werden. Dieses Problem ist ohne eine Neuverschuldung bisher nicht gelöst. Die Neuverschuldung wäre jedoch nur ein Sichtbarmachen der Probleme des Generationenvertrages: Schon heute wird deutlich, dass unser System nicht länger finanzierbar ist. Es würden dabei nur versteckte Sozialversicherungsschulden in offene Staatsschulden umbenannt.

Die Grundsicherung ist ungerecht, weil sie auch Menschen erhalten, die sie nicht nötig haben. Ist es gerecht, dass jemand, der 100.000 € auf seinem Konto hat, die gleichen Leistungen vom Staat erhält wie jemand, dem seine Bank nicht einmal einen Dispo-Kredit einräumt? Ja, das ist es, denn durch eine Finanzierung der Grundsicherung durch alle Einkommensarten würden die Gutverdienenden auch stärker zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen. Ein Vorteil der Grundsicherung liegt darin, dass keine Bedürftigkeitsprüfung stattfindet, der Staat also kostspielige Sozialbürokratie einsparen kann. Niemand muss prüfen: Wer braucht Geld, wer nicht? Wer sucht wirklich Arbeit, wer drückt sich?

Darüber hinaus würde ein Grundeinkommen die gesellschaftliche Stabilität erhöhen: Es würde nicht mehr „diejenigen“ geben, die den Sozialstaat finanzieren und „diejenigen“, die von ihm profitieren. Alle würden ihn mit ihrem Einkommen profitieren und jeder bekommt das Gleiche. Das ist Gerechtigkeit.

Die Grundsicherung ist unsicher, weil es die soziale Absicherung der Willkür der Tagespolitik unterwirft. In der Sozialversicherung haben alle Beitragszahler einklagbare Ansprüche, die getrennt vom

normalen Staatshaushalt geführt werden. Über die Sozialversicherung wachen nicht Politiker, sondern die gewählten Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherung.

Doch schon heute ist die Sozialversicherung Spielball der Tagespolitik: Pünktlich zu den Wahlen gibt es Rentenerhöhungen – finanziert durch die Sozialversicherung.

Das Grundeinkommen müsste wirksam vom Zugriff der Tagespolitik geschützt werden: Ein unabhängiges Expertengremium müsste die Höhe des Grundeinkommens jährlich neu festlegen.

Die Grundsicherung ist unökonomisch, weil es den Anreiz zur Arbeit abschwächt. Wer wird denn überhaupt noch arbeiten, wenn er (oder sie) im Monat 800 € bekommt. Ohne gefragt zu werden, ob man es nötig hat. Und ohne zu fragen, wofür man es ausgibt? Ohne, dass der Fallmanager der Arbeitsagentur einem im Nacken sitzt. Dies ist die wohl spannendste Frage in Bezug auf das Grundeinkommen. Weil sie nämlich das Menschenbild betrifft. Wer den Menschen für von Natur aus faul und träge hält, wird vermutlich als erstes die von der Boulevardpresse instrumentalisierten Sozialschmarotzer im Sinn haben, der die 800 € nimmt, um Bier und Chips zu kaufen. Dieses Menschenbild erinnert an den Ständestaat, in dem der Gutsherr hinter jeden Knecht einen Aufseher mit Knute gestellt hat, damit er auch ja arbeitet.

Auf der anderen Seite steht ein positives Menschenbild, in dem Arbeit als Selbstverwirklichung gesehen wird, in dem sich Menschen auch ohne finanzielle Entlohnung, also ehrenamtlich für eine Sache engagieren. Eben weil sie Erfüllung darin finden. Weil es sie mit Stolz erfüllt etwas zu leisten, etwas zu verändern. Hier wird ein Grundeinkommen ganz neue Perspektiven gesellschaftlichen Engagements eröffnen.

Und natürlich wird es fernab des Menschenbildes immer Menschen geben, denen 800 € im Monat nicht genug sind, die sich entweder einen anderen Lebensstil leisten wollen oder aber einfach mehr haben wollen als der Nachbar.

Egal welchem Menschenbild man folgt: Die Menschen werden auf jeden Fall stärker darauf achten, was sie arbeiten und wie lange. Niemand würde mehr gezwungen, für 3 € pro Stunde einen Job zu machen, der einen nicht erfüllt. Niemand müsste sich aus Angst vor dem Arbeitsplatzverlust zu Mehrarbeit zwingen lassen. Und wem sein Job Spaß macht, der wird sich und der Gesellschaft auch für 3 € etwas Gutes tun.

Das Hamburger Wirtschaftsinstitut (HWWI) geht davon aus, dass sich das Arbeitsangebot unter einem Grundeinkommen auf Höhe des Existenzminimums eher vergrößert als verkleinert, dass die Menschen also eher mehr arbeiten als vorher.

Die Naturfreundejugend Deutschlands befürwortet die Idee eines Grundeinkommens als wichtigen Beitrag für eine nachhaltige solidarische Gesellschaft. Sie spricht sich in der gesellschaftlichen Debatte für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus und bringt sich in die Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzepts ein. Dabei misst sie besonders den Bedürfnissen junger Menschen eine hohe Bedeutung bei.

Beschluss der Bundeskonferenz 2009 der Naturfreundejugend Deutschlands

Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen
Telefon 02228 – 9415 – 0
Telefax 02228 – 9415 – 22
E-Mail: info@naturfreundejugend.de
Internet: www.naturfreundejugend.de

© Naturfreundejugend Deutschlands 2009